**Eigenerklärungen**(vom Bieter/Mitglied der Bietergemeinschaft sowie zugehörigen Unterauftragnehmern auszufüllen)

Name und Anschrift des Unternehmens

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

**A. Nichtvorliegen von Ausschlussgründen**

**Angabe über Ausschlussgründe gemäß § 44 VgV in Verbindung mit § 123 und   
§ 124 GWB**

Ich erkläre/wir erklären, dass für mein/unser Unternehmen keine Ausschlussgründe gemäß den §§ 123 und 124 GWB vorliegen, die meine/unsere Zuverlässigkeit in Frage stellen.

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir in den letzten zwei Jahren nicht

* gem. § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder
* gem. § 21 Abs. 1 Arbeitnehmerentsendegesetz oder
* gem. § 19 Abs. 1 Mindestlohngesetz

mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden bin/sind.

Ab einer Auftragssumme von 30.000 Euro wird der Auftraggeber von den Bewerbern, welche zur Angebotsabgabe aufgefordert werden sollen bzw. von dem Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gem. § 150a GewO beim Bundesamt für Justiz anfordern.

**Angaben zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung**

Ich erkläre/wir erklären, dass ich/wir meine/unsere Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit sie der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen, ordnungsgemäß erfüllt habe/haben.

Falls mein(e)/unser(e) Bewerbung/Angebot in die engere Wahl kommt, werde(n) ich/wir eine Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse, eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes sowie eine Freistellungs-bescheinigung nach § 48b EStG auf gesondertes Verlangen vorlegen.

**Angabe zu Insolvenzverfahren und Liquidation**

Ich/wir erkläre(n), dass ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren weder beantragt noch eröffnet wurde, ein Antrag auf Eröffnung nicht mangels Masse abgelehnt wurde und sich/mein Unternehmen nicht in Liquidation befindet.

Ein Insolvenzplan wurde rechtskräftig bestätigt, auf Verlangen werde ich/werden wir ihn vorlegen.

**B. Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung**

Eintragung in das Berufsregister ihres Sitzes oder Wohnsitzes

Ich bin/Wir sind in einem Berufs-/Handelsregister eingetragen

Ich bin/wir sind nicht zur Eintragung in ein Berufs-/Handelsregister verpflichtet kann aber auf andere Weise die erlaubte Berufsausübung nachweisen.

Falls mein(e)/unser(e) Bewerbung/Angebot in die engere Wahl kommt, werde(n) ich/wir zur Bestätigung meiner/unserer Erklärung auf gesondertes Verlangen vorlegen:

Gewerbeanmeldung, Berufs-/Handelsregisterauszug, Eintragung in der Handwerksrolle oder bei der Industrie- und Handelskammer oder anderweitige sonstige Nachweise.

**C. Sonstige Erklärungen:**

Ich/Wir sichere(n) verbindlich zu, dass die angebotene Dienstleistung unter Einhaltung der folgenden Kernarbeitsnormen im Sinne der I‐ LO‐Konventionen durchgeführt wird:

* ILO‐Konvention Nr. 29: Beseitigung von Zwangsarbeit
* ILO‐Konvention Nr. 87: Vereinigungsfreiheit und Recht zur Bildung von Organisationen
* ILO‐Konvention Nr. 98: Kollektive Lohnfindung
* ILO‐Konvention Nr. 100: Gleiche Entlohnung von Männern und Frauen
* ILO‐Konvention Nr. 105: Abschaffung von Zwangsarbeit
* ILO‐Konvention Nr. 111: Nichtdiskriminierung am Arbeitsplatz
* ILO‐Konvention Nr. 138: Mindestalter für Beschäftigung
* ILO‐Konvention Nr. 182: Eliminierung der schlimmsten Formen von Kinderarbeit

Des Weiteren sichere(n) ich/wir verbindlich zu, dass im Auftragsfalle die durchzuführenden Dienstleistungen den folgenden Standards entsprechen:

1. **Sozialstandards**

Bei der Durchführung der von mir/uns angebotenen Dienstleistungen achte/n ich/wir auf die Berücksichtigung der international gültigen Sozialstandards.

Die wesentlichen Grundsätze neben den vorgenannten ILO‐Konventionen sind:

* Einhaltung von Gesetzen, Arbeitsplatz‐ und Arbeitszeitvorschriften, sowie den jeweils gültigen lokalen sozialen Mindeststandards
* Erhaltung der Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz (vgl. auch ILO‐Konvention Nr.187)

1. **Umweltstandards**

* Einhaltung von Umweltschutzvorgaben
* Einhaltung der jeweils gültigen lokalen ökologischen Mindeststandards
* Verpflichtung zur Umweltschonung
* FCKW‐Verwendungsverbot
* Einhaltung von Zollvorschriften

1. **Tariftreue und Mindestlohn**

Der Auftraggeber darf gem. § 4 Abs. 1 Nr. 1 NTVergG öffentliche Aufträge über Dienstleistungen nur an Unternehmen vergeben, die bei der Angebotsabgabe schriftlich erklären, bei der Ausführung des Auftrags im Inland ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Sinne des § 22 des Mindestlohngesetzes (MiLoG) vom 11. August 2014 (BGBl. I S. 1348), geändert durch Artikel 2 Abs. 10 des Gesetzes vom 17.Februar 2016 (BGBl. I S. 203), in der jeweils geltenden Fassung, mindestens ein Mindestentgelt nach den Vorgaben des Mindestlohngesetzes zu zahlen.

Nach § 1 Abs. 3 MiLoG geht ein auf der Grundlage des Arbeitnehmer‐Entsendegesetzes (AEntG), des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) und der auf ihrer Grundlage erlassenen Rechtsverordnungen festgesetzter Branchenmindestlohn den Regelungen des MiLoG vor, soweit dieser die Höhe des Mindestlohns nicht unterschreitet. Dieser Vorrang gilt entsprechend für einen auf der Grundlage von § 5 des Tarifvertragsgesetzes für allgemeinverbindlich erklärten Tarifvertrag im Sinne von § 4 Abs. 1 sowie §§5 und 6 Abs. 2 des AEntG.

Erklärung zu § 4 Abs. 1 NTVergG:

Hiermit verpflichte ich mich/verpflichten wir uns, meinen/unseren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern für die Ausführung der auf der Grundlage dieses Vergabeverfahrens im Inland zu erbringenden Dienstleistungen ein Mindestentgelt zu zahlen

* in Höhe eines auf der Grundlage des Arbeitnehmer‐Entsendegesetzes (AEntG), des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) und der auf ihrer Grundlage erlassenen Rechtsverordnungen festgesetzter Branchenmindestlohnes

oder

* entsprechend einem auf der Grundlage von § 5 des Tarifvertragsgesetzes für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag im Sinne von § 4 Abs. 1 sowie §§ 5 und 6 Abs. 2 des Arbeitnehmer‐Entsendegesetzes (AEntG), mindestens aber ein Arbeitsentgelt nach den Vorgaben des Mindestlohngesetzes in der jeweils gültigen Fassung.

Ich/Wir bin/sind mir/uns bewusst, dass wissentlich falsche Erklärungen den Ausschluss von dieser und von weiteren Ausschreibungen zur Folge haben können.

**Erklärung zur Richtigkeit der Angaben**

Mir/Uns ist bekannt, dass die jeweils genannten Bestätigungen oder Nachweise auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle innerhalb der gesetzten Frist vorgelegt werden müssen und mein(e)/unser(e) Bewerbung/Angebot ausgeschlossen wird, wenn die Unterlagen nicht vollständig innerhalb der gesetzten Frist vorgelegt werden.

Ich bin mir / wir sind uns bewusst, dass eine wissentlich falsche Erklärung im Teilnahmeantrag einschließlich aller Anlagen meinen/unseren Ausschluss von diesem Verfahren zur Folge haben kann.

Ich/wir erkläre/n mich/uns damit einverstanden, dass durch den Auftraggeber zur Überprüfung der Angaben unter Wahrung der Vertraulichkeit ggf. weitere/ergänzende Angaben/Unterlagen angefordert werden können.

Ich/wir bestätige/n, dass ich/wir die Unterlagen zum Teilnahmewettbewerb einer vollständigen Prüfung unterzogen habe/n und das Vorhaben sowie die für das Verfahren geltenden Bedingungen mit der für den Teilnahmeantrag erforderlichen Genauigkeit beurteilen kann/können. Ich/wir erkläre/n mich/uns mit den aufgestellten Verfahrensregeln

 Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Unterschrift, ggf. Firmenstempel, Ort, Datum